

Viktorija Kaina und Sebastian Kuhn

Empirische Demokratieforschung – Eine Einführung

Teil II: Ausgewählte Forschungsansätze

Bearb., korr. u. akt. Version: Frühjahr 2017

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis Teil II: Ausgewählte Forschungsansätze

Inhaltsverzeichnis	1
Überblick über die Inhalte dieses Studienbriefs („Seminarplan“)	1
9 Was sind „gute“ Demokratien?	2
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	2
Zitierte und weiterführende Literatur.....	13
Textauswahl.....	17
Aufgaben.....	18
10 Wie lässt sich „Demokratie“ messen?.....	19
<i>Sebastian Kuhn</i>	
Zur Einführung	19
Zitierte und weiterführende Literatur.....	38
Textauswahl.....	43
Aufgaben.....	44
11 „Patterns of Democracy“ – Arend Lijpharts Demokratietypologie	45
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	45
Zitierte und weiterführende Literatur.....	52
Textauswahl.....	54
Aufgaben.....	138
12 „Nicht ohne ihre Zustimmung...“ – Von Vetospielern und Veto-Punkten	139
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	139
Zitierte und weiterführende Literatur.....	143
Textauswahl.....	145
Aufgaben.....	146
13 Akteure und Institutionen.....	147
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	147
Zitierte und weiterführende Literatur.....	153
Textauswahl.....	155
Aufgaben.....	156

14 Zur Rolle der politischen Kultur in Demokratien	157
<i>Sebastian Kuhn</i>	
Zur Einführung	157
Zitierte und weiterführende Literatur.....	170
Textauswahl.....	176
Aufgaben.....	216

Überblick über die Inhalte dieses Studienbriefs („Seminarplan“)

Teil I: Grundlagen

- 1 Empirische Demokratieforschung: Worum geht es?
- 2 Was ist Demokratie? Was sind Demokratien?
- 3 Demokratie zwischen Ideal und Wirklichkeit
- 4 Demokratie und Legitimität und die Legitimität von Demokratien
- 5 Politische Legitimität im Spannungsfeld:
Demokratie und/oder Effektivität?
- 6 Wie, wann und warum bilden sich Demokratien heraus? –
Entstehungsbedingungen der Demokratie
- 7 Wie werden junge Demokratien erwachsen? –
Zur Konsolidierung der Demokratie
- 8 Was sichert Demokratien das Überleben? –
Funktionsvoraussetzungen der Demokratie

Teil II: Ausgewählte Forschungsansätze

- 9 Was sind „gute“ Demokratien?
- 10 Wie lässt sich „Demokratie“ messen?
- 11 „Patterns of Democracy“ – Arend Lijpharts Demokratietynologie
- 12 „Nicht ohne ihre Zustimmung...“ – Von Vetospielern und Veto-Punkten
- 13 Akteure und Institutionen – Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus von Renate Mayntz und Fritz Scharpf
- 14 Zur Rolle der politischen Kultur in Demokratien –
Der Ansatz der „Civic Culture“-Studie von Almond und Verba

9 Was sind „gute“ Demokratien?

Viktoria Kaina

Zur Einführung



Deutschland ist eine Demokratie. So steht es jedenfalls in der Verfassung des Landes, in Artikel 20, Absatz 1 des deutschen Grundgesetzes: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein *demokratischer* und sozialer Bundesstaat“ (Hervorhebung: VK). Und wie wir in Themenblock 1 gesehen haben, finden es auch 94 Prozent der deutschen Bevölkerung ziemlich und sehr gut, in einem demokratischen politischen System zu leben (vgl. Abbildung 2, Themenblock 1). Aber fühlen sich die Deutschen auch wohl damit? Diese Deutschen, die sich so gern vor den falschen Dingen gruseln (Krämer 2013), die als Mitglieder einer modernen Gesellschaft mit dem „Prinzip Angst“ leben (Bude 2014) und die anscheinend in einen kollektiven Burnout (Grünewald 2013) taumeln? Will man dem jüngsten *World-Happiness-Report* (WHR) Glauben schenken, erzählen solche Einschätzungen offenkundig nur einen Teil der Geschichte. (Zum offiziellen Internetauftritt des WHR geht es hier: <http://e.feu.de/whr>).

Denn der Welt-Glücks-Report von 2015 weiß zu berichten, dass die Deutschen alles in allem „ziemlich gut drauf“ sind. Weniger salopp formuliert: Im dritten globalen Glücks-Ranking, das 158 Staaten umfasst, befindet sich Deutschland mit Platz 26 im obersten Fünftel der Rangliste. Das ist zwar keine Spitzenplatzierung wie sie die Schweiz, Island und Dänemark vorweisen können. Aber es ist doch ein ziemlich robuster Fingerzeig darauf, dass wir gut daran tun, die Kirche ab und zu auch mal im Dorf zu lassen und allfälligen Krisendiagnosen mit gesunder Skepsis und wissenschaftlicher Distanz zu begegnen. Nun könnten Sie freilich einwenden: „Was sagt uns diese Platzierung in einem weltweiten Glücks-Ranking schon darüber, ob die Deutschen mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind?“. Und das wäre ein guter und kluger Einwand. Denn Basis für das Glücks-Ranking ist das gemessene und sodann aggregierte „subjektive Wohlbefinden“ der Menschen. Der jeweilige Regimetyyp, in dem die Menschen leben, spielt dabei nur eine sehr indirekte Rolle (vgl. Helliwell et al. 2015: 15).



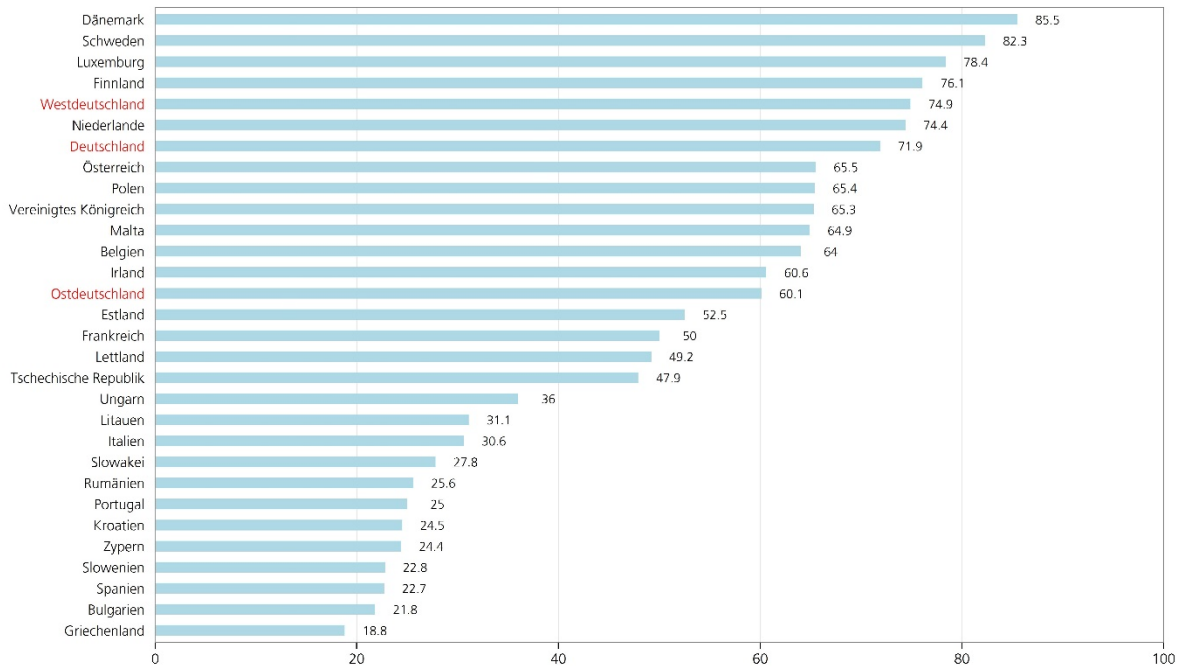
Allerdings müssen wir über die Frage nach der *Demokratiezufriedenheit* der Deutschen gar nicht spekulieren. Wir sind in der glücklichen Lage, darauf eine wissenschaftliche Antwort geben zu können, indem wir repräsentativ erhobene Survey-Daten heranziehen. (Für eigene Analysen können Sie einschlägige Umfragedaten, die für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden, über den Datenbestandskatalog von GESIS beziehen. Zur Homepage von GESIS geht es hier: <http://www.gesis.org/>. Direkten Zugriff auf den Datenbestandskatalog von GESIS erhalten Sie hier: <http://e.feu.de/daten>).

Sind die Deutschen mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden?

Nach den bei Abfassung dieses Einführungstextes aktuellsten verfügbaren Daten des Eurobarometers (EB) waren im November 2014 knapp 72% der deutschen Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sehr oder ziemlich zufrieden (vgl. Abbildung 7). Im ostdeutschen

Landesteil (60%) ist diese Zufriedenheit zwar deutlich geringer ausgeprägt als in den westlichen Bundesländern (75%). Dennoch zeigt sich auch deutlich mehr als die Hälfte der Ostdeutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. Deutschland belegt in puncto Demokratiezufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern im europäischen Vergleich damit einen Platz in den Top Ten; der westdeutsche Landsteil platziert sich sogar in der Spitzengruppe der ersten fünf.

Abbildung 7: Demokratiezufriedenheit in den EU-Mitgliedstaaten – November 2014 (in %)

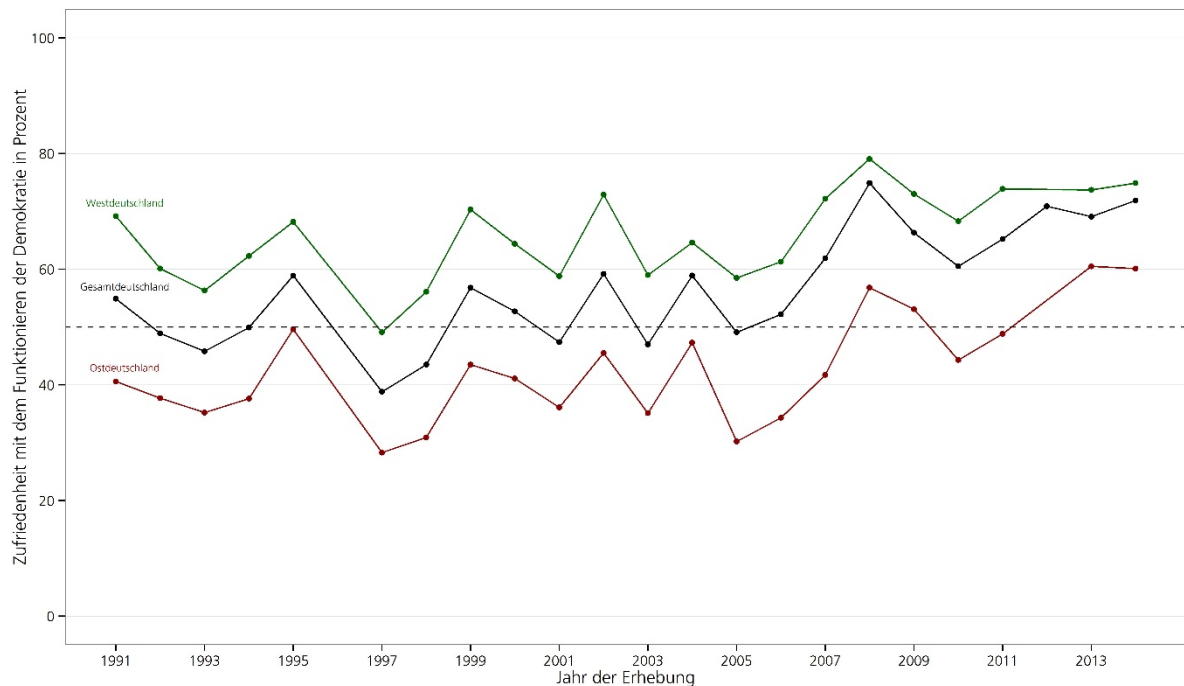


Datenbasis: Berechnung und Darstellung von Reinhold Melcher auf Basis gewichteter Eurobarometer-Daten: EB 82.3 (November 2014). Frageformulierung: „On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (OUR COUNTRY)?“. Für die Darstellung wurden die Prozentanteile der Antwortkategorien „very satisfied“ und „fairly satisfied“ zusammengefasst.

Sehen wir uns die entsprechenden Daten für Deutschland im Zeitverlauf von 1991 bis 2014 an, stellen wir fest, dass die Momentaufnahme vom November 2014 keine Ausnahmerecheinung ist (vgl. Abbildung 8). Allerdings wird auch deutlich, dass die Zufriedenheit der Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land zum Teil großen Schwankungen unterliegt und in Ostdeutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg deutlich geringer ausgeprägt ist als in den westlichen Bundesländern. Diese periodischen Schwankungen sind auch darauf zurückzuführen, dass die gemessene Bevölkerungszufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nicht nur von wichtigen politischen Ereignissen – zum Beispiel vom Ausgang einer Bundestagswahl – beeinflusst wird, sondern auch von der Einschätzung der systemischen und demokratischen Performanz (vgl. Themenblock 4) durch die Bürgerinnen und Bürger abhängt. Demnach können medial verbreitete und verstärkte Bürgerproteste (Beispiel: *Stuttgart 21*), politi-

sche Skandale, vor allem aber die objektive und subjektiv wahrgenommene Wirtschaftsentwicklung Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger haben und entsprechende Fluktuationen im Zeitverlauf erklären helfen.

Abbildung 8: Demokratiezufriedenheit in Deutschland im Zeitverlauf: 1991–2014 (in %)



Datenbasis: Berechnung und Darstellung von Reinhold Melcher auf Basis gewichteter Eurobarometer- und ALLBUS-Daten. Für die Frageformulierung der EB-Daten vgl. Abbildung 7. Für den Beobachtungszeitpunkt 2008 wurden mangels EB-Daten ALLBUS-Daten verwendet. Frageformulierung: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“. Für die Darstellung wurden die Prozentanteile der Antwortkategorien „very satisfied“ und „fairly satisfied“ (EB-Daten) sowie „sehr zufrieden“, „ziemlich zufrieden“ und „etwas zufrieden“ (ALLBUS 2008) zusammengefasst.

Zufriedenheit mit der Demokratie = „gute“ Demokratie?

Dennoch sind seit 2006 kontinuierlich die meisten Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Sind die Befunde aus den Abbildungen 7 und 8 also nicht ein ziemlich klarer Beweis dafür, dass Deutschland eine „gute“ Demokratie ist? Auch wenn periodische Schwankungen zu beobachten sind, und auch wenn ein großer Teil der Ostdeutschen die große Demokratiezufriedenheit der Westdeutschen (noch) nicht teilen mag – alles in allem scheint die Demokratie in Deutschland doch ganz „gut“ zu sein, wenn so viele Menschen damit zufrieden sind. Nun, auch in diesem Fall ist Skepsis angebracht. Denn wie können wir aus solchen Befunden zur Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger schließen, dass sie tatsächlich auch in einer „guten“ Demokratie leben? Vielleicht haben sich die Menschen einfach nur daran gewöhnt, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert. Oder sie haben sich damit abgefunden. Möglicherweise ist es einem Großteil der Bevölkerung auch einfach egal, ob sie in einer „guten“ Demokratie leben, solange die Demokratie überhaupt funktioniert und die Menschen ihr persönliches Streben nach Glück nicht gefährdet sehen. Schließlich ist die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land auch davon abhängig,

welche Vorstellung von *Demokratie* jemand hat. In Themenblock 2 haben Sie auf Basis von Forschungsbefunden erfahren, dass diese Vorstellungen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch bei den Menschen ziemlich weit auseinandergehen können (für Deutschland vgl. Fuchs 1997, 1999; Westle 2015; Conradt 2015). Und wer entscheidet dann darüber, ob sich das jeweilige Demokratieverständnis einer Person mit der Vorstellung einer „guten“ Demokratie verträgt? Kann es überhaupt eine *wissenschaftliche* Antwort auf die Frage geben, was eine „gute“ Demokratie ausmacht?

Tatsächlich beschäftigt sich ein ganzer Zweig innerhalb der Empirischen Demokratieforschung mit dieser Frage (siehe bereits Lijphart 1968: 8). Die sozialwissenschaftliche Forschung zur *Qualität von Demokratien* hat in den letzten fünfzehn Jahren sogar zunehmend an Bedeutung gewonnen und das Interesse an den Entstehungs- und Überlebensbedingungen von Demokratien zumindest für eine Weile aus dem Fokus der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit gedrängt (vgl. auch Themenblock 6). Danach wurde es erst einmal nicht mehr als vordringlich angesehen, eine zuverlässige und gültige Antwort auf die Frage zu finden, „ob ein politisches System eine Demokratie ist oder nicht“ (Bühlmann et al. 2008: 115). Stattdessen interessieren sich viele Demokratieforscherinnen und -forscher nun weitaus mehr für den *Demokratiegehalt* bereits existierender demokratischer Systeme (Bühlmann et al. 2008: 116).

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Diese Neuorientierung in der internationalen Demokratieforschung (vgl. auch Bühlmann et al. 2008: 115-116) war teilweise auch darauf zurückzuführen, dass für manche Forscherinnen und Forscher die historische Überlegenheit der Demokratie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Scheitern der real-sozialistischen Systemalternative nicht mehr zur Debatte stand. Warum also intellektuelle Energie auf die Erklärung von Demokratisierungsprozessen verschwenden, wenn die Demokratie ohnehin den evolutionären Endpunkt der Geschichte darstellt? Langweilig!

Andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begründeten ihre Neuorientierung mit dem pfiffigen Argument, dass es mit dem Wegfall der realsozialistischen Systemalternative und dem globalen Triumphzug der Demokratieidee an der Zeit wäre, nun viel genauer die Defizite demokratischer Regierungsweise in den existierenden Demokratien in den Blick zu nehmen, Unterschiede im Demokratiegehalt bestehender Demokratien zu erklären sowie die Chancen und Hindernisse „demokratischer Innovationen“ (Kaase 1995; Cain et al. 2003; Geißel/Newton 2012; Geißel/Joas 2013) zu erforschen. Tatsächlich zeigten Forschungsarbeiten seit dem Übergang zum 21. Jahrhundert, dass die Zustimmung zur implementierten Form einer demokratischen Ordnung von Land zu Land unterschiedlich, in den Transitionsgesellschaften (vgl. Themenblock 6) zum Teil schwach ausgeprägt ist (z.B. Klingemann 1999; Schmitt-Beck 2000; Haerpfer/Kizilova 2014). Zudem wurde in den als etabliert geltenden Demokratien der OECD-Welt die Geburt eines neuen Bürgertyps beobachtet, für den Hans-Dieter Klingemann (1999) das Etikett des „unzufriedenen Demokraten“ erfand. Die *unzufriedenen Demokraten* unterstützen zwar mehrheitlich die *Idee* der Demokratie, zugleich kritisieren sie aber die *Realität* der Demokratie im eigenen Land (vgl. auch Norris 1999, 2011; Klingemann 2014). Der internationale Fachdiskurs erlebte daher nach den Legitimitäts- und Unregierbarkeitsdebatten der 1960er und 1970er Jahre (für einen Überblick: Kaase/Newton 1999: 21-26; Schäfer 2009) einen Neuaufschwung in der Politischen-Kultur-Forschung, der sich unter anderem an den Ursachen und Hintergründen für die zum Teil wachsende Kritikbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in

Mängel realer Demokratien rücken in den Vordergrund

den etablierten Demokratien interessiert zeigt (u.a. Norris 1999, 2011; Pharr/Putnam 2000; Dalton 2004; Dalton/Welzel 2014 – vgl. auch Themenblock 14).

Europäisches Demokratiedefizit

Darüber hinaus veranlassten die fortschreitende Vertiefung der europäischen Integration und in deren Gefolge die Herausbildung einer Herrschaftsstruktur auf supranationaler Machtbasis (z.B. Bach 1999, 2000, 2008; Fuchs 2003: 29; Lepsius 2006: 111) Forschungen zum Demokratiegehalt der Europäischen Union. Während sich die EU inzwischen zu einem neuen Typ des Regierens entwickelt hat (Jachtenfuchs 1997) und als supranationale Governance-Form fortschreitend an Kontur gewinnt (u.a. Marks et al. 1996; Stone Sweet/Sandholtz 1997; Kohler-Koch 1999; Jachtenfuchs 2000; Stone Sweet et al. 2001; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2004), werden gleichzeitig „demokratische Defizite“ auf europäischer Ebene diagnostiziert und heftig debattiert (für einen Überblick: Kaina/Karolewski 2013: 7-9 – vgl. auch Themenblock 1 und 5). In jüngerer Zeit wurde die wissenschaftliche Diskussion um das europäische Demokratiedefizit zudem um Forschungsarbeiten ergänzt, die sich mit demokratischen Mängeln innerhalb der EU-Mitgliedstaaten in Folge von Europäisierungsprozessen in Form von Rückwirkungen der europäischen Integration auf die nationalen Politik- und Gesellschaftssysteme befassen (z.B. Schmidt 2005, 2006).

Das Auftauchen „defekter“ Demokratien

Schließlich gaben unvollständige Demokratisierungsprozesse und das Auftauchen so genannter hybrider politischer Systeme wichtige Impulse für Forschungen zur demokratischen Qualität politischer Institutionen und Entscheidungsverfahren in einem politischen System (vgl. auch Themenblöcke 1, 2, 6 und 7). Sie erinnern sich: Im Laufe von Regimewechselprozessen sind politische Systeme entstanden, die ihren Aufbruch zur Demokratie nicht vollendet haben und zwischen Autokratie und Demokratie feststecken (vgl. im Folgenden Kaina 2009: 158-160). Aus dem Auftauchen dieser „defekten“ Demokratien wird von einigen Forscherinnen und Forschern die Schlussfolgerung gezogen, dass *Demokratie* offenbar keine Frage von *entweder-oder*, sondern von *mehr oder weniger* ist, weil sich *politische Systeme* in ihrem jeweiligen Demokratiegehalt unterscheiden und darin auch vergleichen lassen (z.B. Bollen/Jackman 1989; Elkins 2000). Damit erscheint es dann auch angebrachter, *Demokratie* nicht mit einer „Ja-nein“-Dichotomie zu erfassen, sondern als ein *gradueller* Phänomen zu definieren (vgl. dazu auch den nachfolgenden Themenblock 10 zur *Messung von Demokratie*).

Dem ließe sich zunächst einmal entgegenhalten, dass *Defekte* unterschiedlich schwer sein können. Damit wir entscheiden können, ob eine Demokratie mit Defekten trotzdem und immer noch eine Demokratie ist, benötigen wir bestimmte Kriterien. Anhand dieser Kriterien könnten wir dann Schwellenwerte definieren, ab wann eine Demokratie mit Defekten aufhört, eine Demokratie zu sein. Um einen normativen Maßstab kommen wir also nicht herum (vgl. auch die Themenblöcke 2 und 3). Auf der Suche nach der Festlegung von Schwellenwerten handeln wir uns aber womöglich noch größere Probleme ein. Denn wir müssen uns nicht nur fragen lassen, wie *objektiv* solche Kriterien sein können, welche anderen Kriterien wir also anwenden, um Erstere zu begründen. Damit drohen wir in jenen Sog zu geraten, den ich bereits in Themenblock 3 als infiniten defini-torischen Regress bezeichnet und knapp erklärt habe. Darüber hinaus erfordert dieses Vorgehen ein hochkomplexes Forschungsdesign mit einem anspruchsvollen Methodenmix, weil *Defekte* nicht nur quantitativer und qualitativer Art sein können, sondern in der Regel auch multikausal verursacht sein dürften.

Meiner Auffassung nach kann der Streit der Demokratieforscherinnen und Demokratieforscher, ob *Demokratie* nun eine Frage von *Art* oder *Ausmaß* ist, also als ein Typus oder eine graduelle Erscheinung konzeptionalisiert werden sollte, mit Hilfe von empirischen Belegen und Gegenbelegen ohnehin nicht entschieden werden. Die Belastbarkeit quantitativ gewonnener Erkenntnisse hängt nicht nur von Qualität und Umfang der verfügbaren Daten ab, sondern immer auch von der Art und Weise der Operationalisierung. Ich gebe aber zu, das ist ein ziemlich billiges Argument. Denn seriöse Forschung legt ihren Erkenntnisweg offen, Trickserei und Schummelei würden früher oder später entlarvt und allzu offensichtliche Fehlspezifikationen des Forschungsdesigns könnten einer kritischen Überprüfung in der Fachgemeinschaft (*scientific community*) nicht standhalten. Stärker sind deshalb solche Argumente, die wissenschaftstheoretisch begründet werden und sich auf die Grundsätze der Logik berufen können.

Ist die Demokratie eine graduelle Erscheinung?

Danach haben wir es hier mit zwei unterschiedlichen Fragen zu tun, die auch nach verschiedenen Regeln der Logik „behandelt“ (Sartori 1997: 184) werden müssen. Die erste Frage lautet: „Was *ist* Demokratie?“. Die Antwort darauf kann nur eine klassifikatorische bzw. binäre Aussage sein, weil Festlegungen darauf, was etwas ist, gleichzeitig Auskunft geben müssen, was es nicht ist (Sartori 1997: 183). Das bedeutet auch, dass Unterschiede in diesem Falle *Unterschiede der Art* sind und logischerweise sein müssen (Sartori 1997: 184). Es geht an dieser Stelle also darum zu entscheiden, ob ein politisches System *entweder* demokratisch ist *oder* nicht (Sartori 1997: 184). Die zweite Frage hingegen lautet: „In *welchem Maße* ist ein politisches System demokratisch?“ bzw. „Wie demokratisch ist ein politisches System?“. Antworten auf die zweite Frage geben Auskunft darüber, in welchem Ausmaß ein bestimmtes Merkmal bei einem Objekt (hier: politisches System) vorhanden ist, sodass Unterschiede nunmehr *Unterschiede des Grades* sind (Sartori 1997: 184). Damit geht es jedoch nicht länger darum, ein Objekt zu *identifizieren* (oder: zu definieren), sondern etwas darüber auszusagen (Sartori 1997: 184). Theoretisch ließe sich weiter fragen: a) „Wie demokratisch ist eine Demokratie?“, *aber auch*: b) „Wie demokratisch ist irgendein politisches Gemeinwesen?“ (Sartori 1997: 184).

Von Unterschieden der Art und des Grades

Der Streit in der Empirischen Demokratieforschung entzündet sich nunmehr daran, ob es überhaupt sinnvoll ist, Frage b) zu stellen. Überspitzt formuliert: Ist es logisch möglich, über ein Objekt, von dem wir noch nicht wissen, *was* es ist, auszusagen, in welchem Ausmaß es *das* ist? Wenn man akzeptiert, dass man „erst, nachdem man festgestellt hat, *was* etwas *ist* (und nicht ist), feststellen kann, in welchem *Grade* es *das* ist“ (Sartori 1997: 186 – Hervorhebung: im Original), dann fällt die Antwort eindeutig aus: Wir müssen *zuerst* eine Lösung dafür finden, was Demokratie ist und können erst *danach* fragen „Wie viel Demokratie?“ (Sartori 1997: 186). *Demokratie* ist demnach also „first a question of kind *before* it is one of degree“ (Elkins 2000: 293 – Hervorhebung: VK). Das hat natürlich zum einen zur Konsequenz,

Die Antwort der Logik...

dass der Grad an Demokratie nur in Demokratien untersucht werden kann.¹ Zum Zweiten folgt daraus, dass wir eine Demokratiedefinition brauchen, mit deren Hilfe wir Demokratien von politischen Systemen anderer Art abgrenzen können (vgl. Themenblock 2). Letzteres ist auch unter einem anderen Gesichtspunkt wichtig:

Das eigentliche Ziel wissenschaftlicher Klassifikations- und Typologierungsversuche ist es, die Komplexität von Wirklichkeit zu reduzieren.

Insofern sind die viel diskutierten „defekten Demokratien“ (Merkel 1999; Croissant/Merkel 2004), gray-zone-regimes (Carothers 2002; Bendel et al. 2002) oder hybriden Regime (Rüb 2002; Wigell 2008; Levitsky/Way 2010) eine große Herausforderung für die Vergleichende Politikwissenschaft im Allgemeinen und die Empirische Demokratieforschung im Besonderen. Denn wir können uns kaum damit zufriedengeben, eine diffuse Restkategorie zu schaffen, die alle politischen Systeme erfasst, die nach unserem bisherigen Stand des Wissens weder eindeutig als Demokratien noch eindeutig als Nicht-Demokratien klassifiziert werden können. Die Herausforderung liegt darin, unser analytisches Instrumentarium zu verfeinern und unsere Informationsbasis zu vergrößern. Denn wenn wir bestimmte Fälle anhand unserer Regeln nicht klassifizieren können, bedeutet das nur, dass entweder unsere Regeln schlecht sind und wir sie überarbeiten müssen, oder dass wir nicht genügend Wissen haben, um unsere Regeln anwenden zu können und wir deshalb mehr Information benötigen (Alvarez et al. 1996: 21f).

Übung



Klären Sie im Selbststudium und unter Rückgriff auf einschlägige Fachliteratur folgende Begrifflichkeiten:

- ***Klassifikation, Typologie und Taxonomie***

Wenn Sie sich im Folgenden detaillierter mit dem Forschungsprogramm zur *Qualität von Demokratie* befassen, schlage ich Ihnen auf Grundlage der vorangegangenen Argumentation folgende Prämisse als Ausgangspunkt vor:

Demokratie ist zuerst eine Frage der Art, bevor sie eine Frage des Grades oder Ausmaßes, der Intensität, des mehr oder weniger sein kann (vgl. auch Linz 1975; Huntington 1991; Przeworski et al. 1996; Przeworski/Limongi 1997).

Außerdem sollten wir uns klar machen, was wir hier eigentlich mit *Qualität* und *Unterschieden der Qualität* meinen (vgl. im Folgenden Kaina 2008: 519-521). Die *Qualität* von etwas kann zunächst einmal in zwei unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen beschrieben werden: *zum einen* als Qualität im Sinne von *Beschaffenheit*, und *zum anderen* als Qualität im Sinne von *Güte*. In der Wirklichkeit demokratischer politischer Systeme – und in der Empirischen Demokratieforschung – haben wir es mit beiden Bedeutungen zu tun.

¹ Gegenteilige Auffassungen verwenden denn auch Formulierungen wie „das Ausmaß an Demokratie in Nicht-Demokratien“ (z.B. Elkins 2000: 294). In der Sprache der Logik muss das aber genauso befremdlich wirken wie eine Aussage über den Grad der Schwangerschaft bei nicht-schwangeren Frauen (siehe aber auch Themenblock 10).

Demnach lassen sich *zum einen* verschiedene Demokratietypen (z.B. Lijphart 1984, 1999; Kaiser 1997) beobachten, beschreiben und analysieren, deren Unterschiede in erster Linie auf verschiedenen Merkmalen ihrer Demokratiepraxis beruhen (mehr darüber in Themenblock 11). Dazu zählen zum Beispiel unterschiedliche Modi der Konfliktregelung und politischen Entscheidungsfindung, verschiedene Formen der Staatsorganisation und voneinander abweichende Varianten in der Struktur von Parteien- und Verbandssystemen. *Zum anderen* variieren demokratische politische Systeme aber auch in der Güte der Demokratie, weil ihr jeweiliger Demokratiegehalt – gemessen an bestimmten Maßstäben – größer oder kleiner, besser oder schlechter sein kann. Es ist wichtig, noch einmal auf diese beiden Bedeutungsdimensionen hinzuweisen. Denn in der Debatte um die Demokratiequalität etablierter demokratischer Systeme interessiert das zweite, auf Güte bezogene Verständnis von Qualität. Das heißt auch, dass nicht alle Qualitätsunterschiede, die wir in der Beschaffenheit demokratischer Systeme beobachten können, auch Qualitätsunterschiede im Sinne einer bestimmten Demokratiegüte darstellen. Allerdings ist damit nicht ausgeschlossen, dass Differenzen in der Beschaffenheit verschiedener Demokratietypen mit Unterschieden in ihrer Demokratiegüte korrelieren (klassisch: Lijphart 1999).

Unterschiede in der Art und Güte von Demokratie

Es erscheint mir trotzdem sinnvoll, für unser Interesse an der Qualität von Demokratien die Bedeutungsdimension von Qualität im Sinne von Güte noch einmal zu präzisieren. Demnach verstehe ich hier unter *Qualität* das *wünschenswerte* Ausmaß einer bestimmten Eigenschaft, weil Qualitätsaussagen der Güte immer *Bewertungen* im Sinne von „gut“ oder „schlecht“, „besser“ oder „schlechter“ darstellen. Bewertungen dieser Art können aber nur dann wahr oder unwahr sein, wenn sie sich auf ein Attribut beziehen, das als *erstrebenswert* und damit als *wichtig* angesehen wird. Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen:

Präzisierung des Qualitätsbegriffs

Wenn Sie eine Fernsehdebatte zwischen den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der zur Bundestagswahl stehenden Parteien verfolgen und dabei am Ende die eine Politikerin schlagfertiger, klüger und glaubwürdiger fanden als ihre Konkurrenten, dann bewerten sie die Qualität der Debattenbeiträge als *besser* oder *schlechter*. Und das tun Sie anhand einer oder mehrerer *Eigenschaften*, die Sie sich bei diesen Personen wünschen: in unserem Beispiel also Schlagfertigkeit, Klugheit und Glaubwürdigkeit. Was aber, wenn diese Eigenschaften für Sie völlig unerheblich sind? Vielleicht legen Sie ja viel mehr Wert darauf, dass Politikerinnen und Politiker cool, attraktiv und witzig sind. Wenn es Ihnen also vollkommen egal ist, ob sich die Debattierenden als schlagfertig, klug und glaubwürdig präsentieren, dann können diese Eigenschaften auch nicht erklären, warum Sie manche Wortbeiträge besser und andere schlechter fanden. Denn diese Attribute sind für Ihre Bewertung schlicht irrelevant.

Zudem benötigen Aussagen über das gewünschte *Ausmaß* einer bestimmten Eigenschaft bei einem Objekt *ex ante* aber auch mindestens zwei Festlegungen. Erstens: Welches Objekt steht zur Bewertung an?, und zweitens: Welcher Maßstab soll gelten?

Zum Ersten: Zunächst muss das Objekt identifiziert sein, auf das sich die Eigenschaft bezieht. Wir müssen in dem hier interessierenden Fall also schon eine Entscheidung darüber getroffen haben, ob das zu analysierende politische System ein *demokratisches* politisches System ist – oder nicht. Es handelt sich auch

Wieder mal: das Problem der Definition von Demokratie

dabei um ein Theorieproblem, das uns in diesem Studienbrief schon mehrfach ärgerte: Die begründete Entscheidung darüber, ob ein politisches System ein demokratisches politisches System ist (oder nicht), verlangt eine Festlegung, was mit *Demokratie* gemeint ist und was *demokratisch* heißt. Wie wir aber in Themenblock 2 gesehen haben, ist der Bedeutungsinhalt von *Demokratie* (und *demokratisch*) aber bis heute umstritten (Gutman 1998), und die Verständigungsprobleme scheinen eher zu wachsen als abzunehmen (vgl. auch Storm 2008). Pikanterweise ist der Siegeszug der empirischen Demokratietheorie dafür mitverantwortlich, weil sie mit ihren *Fakten* die *Argumente* der normativen Demokratietheorie unter wachsenden Rechtfertigungsdruck setzt (vgl. Themenblock 3).

Die anhaltenden Kontroversen um den Demokratiebegriff wirken sich aber auf unsere Entscheidung aus, ob und – wenn ja – aufgrund welcher Definition wir ein politisches System für *demokratisch* halten. Es ist demzufolge keine triviale Aufgabe, zunächst das Objekt zu definieren, auf das sich die Eigenschaft *demokratisch* beziehen soll. Die Schwierigkeit liegt in diesem Falle darin, dass sich das Objekt ohne Rückgriff auf diese zentrale Eigenschaft gar nicht identifizieren lässt. Das heißt, dass wir nicht entscheiden können, ob ein politisches System eine Demokratie ist oder nicht, wenn wir uns nicht sicher sind, was *Demokratie* und *demokratisch* bedeutet. Als ob diese Sache nicht schon verzwickter genug wäre, hat der Streit um den Demokratiebegriff aber auch Konsequenzen dafür, wie das *Maß* an Demokratie in einem gegebenen demokratischen System konzeptualisiert und operationalisiert wird. Denn bevor wir Aussagen darüber treffen können, zu welchem *Grade* eine bestimmte, normativ erstrebenswerte Eigenschaft bei einem Objekt vorhanden ist, müssen wir uns im Klaren darüber sein, was wir unter dieser Eigenschaft verstehen. Und wenn das schon für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine vertrackte Angelegenheit ist, so ist das noch viel komplizierter für die Bürgerinnen und Bürger, von denen dazu eine Meinung erwartet wird. Das werden Sie jedenfalls aus dem Text von Dieter Fuchs und Edeltraud Roller erfahren, den wir unter anderem für Sie in diesem Themenblock ausgewählt haben. Dabei sei schon an dieser Stelle vorweggenommen, dass Fuchs und Roller ziemlich skeptisch sind, ob *empirische* Forschungen zur Qualität von Demokratien überhaupt möglich sind.

Schwierigkeiten in der Messung von Demokratiequalität

Zum Zweiten ist es nötig, das gewünschte *Ausmaß* von *Demokratie* bzw. *demokratisch* festzulegen. Es geht nun also darum, den Maßstab zu definieren, an dem die Demokratiequalität eines demokratischen politischen Systems gemessen wird.

Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich empirisch beobachtbare graduelle Unterschiede in der Demokratiepraxis demokratischer politischer Systeme als Qualitätsunterschiede der Güte im Sinne von „mehr“ oder „weniger“, „besser“ oder „schlechter“ interpretieren. Hier stoßen wir jedoch auf eine große Schwierigkeit für die empirische Messung von Demokratiequalität und die darauf gestützte Erklärung von Qualitätsunterschieden in den existierenden Demokratien (vgl. im Folgenden Kaina 2008: 521-522):

Trade-off als Herausforderung

In Themenblock 4 habe ich verdeutlicht, dass es bislang nicht gelungen ist, eine Rangfolge zwischen unterschiedlichen Demokratieprinzipien demokratietheoretisch zu begründen – und es ist fraglich, ob das jemals möglich oder überhaupt wünschenswert ist. Damit sehen wir unterschiedliche Demokratieprinzipien also als *normativ gleichrangig* an. Das bedeutet, dass zum Beispiel Freiheit, Gleichheit und Verantwortlichkeit (*accountability*) für ein demokratisches politisches System *gleich wichtig* sind. Auf diese Prämisse werden Sie auch noch

einmal in dem Text von Larry Diamond und Leonardo Morlino stoßen, den wir für sie in diesem Themenblock ebenfalls zur Lektüre ausgewählt haben. Allerdings haben wir in Themenblock 4 auch gesehen, dass diese – normativ gleichrangigen – Demokratieprinzipien tendenziell in Spannung zueinander stehen. Das aber heißt nichts anderes, als dass sich die Maximierung eines Prinzips potenziell zu Lasten eines anderen Prinzips auswirkt. Dieser unauflösbare *trade-off* ist die demokratietheoretische Begründung dafür, warum es keinen Sinn macht, die Qualität einer Demokratie an der maximalen Verwirklichung verschiedener Demokratieprinzipien zu messen.

Das von Marc Bühlmann et al. (2008, 2012) entwickelte *Demokratiebarometer* will den Maßstab für die Demokratiequalität eines demokratischen politischen Systems demzufolge an einem *Optimum* ausrichten, das sich für das Spannungsverhältnis unterschiedlicher und normativ gleichrangiger Demokratieprinzipien sensibel zeigt. (Zur offiziellen Internetseite des *Democracy Barometer* geht es hier: <http://e.feu.de/db>). Diese einleuchtende Idee konfrontiert uns jedoch mit drei weiteren Problemen und wirft in der Konsequenz die Frage auf, ob sich auf diese Weise Qualitätsunterschiede im Demokratiegehalt von Demokratien tatsächlich messen lassen.



Erstens: Aus dem spezifischen Verhältnis normativ gleichrangiger Prinzipien können wir keine logischen Schlüsse für Rangunterschiede in Form von „besser“ oder „schlechter“ ziehen. Das lässt sich an einem fiktiven Beispiel verdeutlichen, wenn ein demokratisches politisches System X mit einem demokratischen politischen System Y hinsichtlich der jeweiligen Demokratiequalität verglichen werden soll. In System X genießt das Demokratieprinzip der Freiheit große Wertschätzung und eine breite Umsetzung, allerdings tendenziell zu Lasten des Gleichheitsprinzips. In System Y wird demgegenüber größerer Wert auf das Prinzip der Gleichheit gelegt, das Freiheitsrechte potenziell einschränkt. Wenn beide Prinzipien normativ gleichrangig sind, können wir daraus zwar Erkenntnisse über unterschiedliche Demokratieauffassungen gewinnen (Fuchs 1996), die über ihre institutionelle Implementation verschiedene Demokratietypen hervorbringen. Damit können entsprechend Qualitätsaussagen im Sinne der *Beschaffenheit* unterschiedlicher demokratischer politischer Systeme formuliert werden. Allerdings können wir unter dieser Voraussetzung nicht entscheiden, ob nun System X oder Y die *bessere*, das heißt *demokratischere* Demokratie ist.

**1. Problem:
Normative
Gleichrangigkeit
verbietet Rangfolge**

Zweitens: Wir kommen nicht darum herum, das Optimum in der Verwirklichung unterschiedlicher, aber normativ gleichrangiger Demokratieprinzipien zu bestimmen, wenn daran die Demokratiequalität eines demokratischen politischen Systems (im Vergleich zu anderen demokratischen politischen Systemen) gemessen werden soll. Gesetzt den Fall, dass wir es zum Beispiel mit *drei* normativ gleichrangigen Prinzipien zu tun haben, die sich zudem in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis befinden, läge das theoretische Optimum bei der Umsetzung dieser drei Prinzipien bei einem Anteil von jeweils einem Drittel. Diese Vorstellung ist nicht nur schwierig in die Realität zu übertragen; denn was sollte es genau bedeuten, etwa das Freiheits-, Gleichheits- und Verantwortlichkeitsprinzip nur zu jeweils einem Drittel der maximal möglichen Umsetzung zu verwirklichen? Es dürfte auch einleuchtend sein, dass sich das jeweilige Optimum in der Verwirklichung der drei Demokratieprinzipien in einem gegebenen demokratischen politischen System nicht kontextfrei bestimmen lässt (siehe auch Abromeit 2004

**2. Problem:
Normativer
Relativismus droht**

und Stoiber 2011) und in Abhängigkeit gesellschaftlicher – darunter politisch-kultureller – Einflussfaktoren steht. Auch aus diesem Grund ist es in erster Linie ein empirisches Rätsel und keine Frage der logischen Deduktion, welchem von unterschiedlichen, aber normativ gleichrangigen Demokratieprinzipien in einer gegebenen Gesellschaft zu einem bestimmten Beobachtungszeitpunkt der Vorzug gegeben wird (ähnlich Fuchs 2000: 275). Wenn sich das Optimum aber nicht theoretisch, sondern nur empirisch bestimmen lässt, setzen wir uns der Gefahr des normativen Relativismus' aus, weil uns in der komparativen Bewertung der Demokratiequalität verschiedener demokratischer politischer Systeme kein allgemeingültiger und damit vergleichbarer Maßstab zur Verfügung steht.

3. Problem: Optimal verbietet graduelle Abstufungen

Drittens: Damit im Zusammenhang steht ein weiteres Problem. Es ließe sich an dieser Stelle nämlich entgegenen, dass es gar nicht nötig ist, dieses Optimum vorab zu definieren, weil es darauf nicht ankommt. Das Ziel der Messung von Demokratiequalität durch das *Demokratiebarometer* ist es, „auf[zu]zeigen, dass

die höchste Demokratiequalität in jenen Staaten erreicht wird, in welchen die Funktionen [verschiedener Teilregime der drei genannten Demokratieprinzipien; VK] in einer Weise kombiniert werden, dass ein optimaler Erfüllungsgrad erreicht wird“ (Bühlmann et al. 2008: 119 – Hervorhebung: VK). Das Problem an diesem Argument ist jedoch, dass sich in der Sprachlogik der Worte „Optimum“ oder „optimal“ graduelle Abstufungen verbieten. Es geht hier also um Unterschiede der *Art* (und *nicht* des Grades), weil ein Optimum *entweder* erreicht ist *oder* nicht, etwas *entweder* optimal ist *oder* nicht. Das würde also bedeuten: Demokratische Regierungssysteme, in denen ein optimaler Erfüllungsgrad der aus verschiedenen Demokratieprinzipien abgeleiteten Systemfunktionen vorhanden ist, sind gute Demokratien. Demokratische politische Systeme, die dieses Optimum (noch) nicht aufweisen, sind schlechte Demokratien. Es können auf diesem Wege demzufolge nur dichotome Aussagen über die Demokratiegüte demokratischer politischer Systeme getroffen werden. Wenn das so ist, dann können Bühlmann et al. mit ihrem Vorschlag zur Messung von Demokratiequalität ihrem eigenen Ziel, „*feine* Unterschiede in der Demokratiequalität zwischen Ländern zu bestimmen“ (Bühlmann et al. 2008: 117 – Hervorhebung: VK), aber kaum gerecht werden.

Zitierte und weiterführende Literatur

- Abromeit, Heidrun (2004): Die Messbarkeit von Demokratie: Zur Relevanz des Kontexts, in: *Politische Vierteljahresschrift* 45: 73-93.
- Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando/ Przeworski, Adam (1996): Classifying Political Regimes, in: *Studies in Comparative International Development* 31: 3-36.
- Bach, Maurizio (1999): Die Bürokratisierung Europas: Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bach, Maurizio (2000): Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration, in: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Opladen: Westdeutscher Verlag: 11-35.
- Bach, Maurizio (2008): Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert W. (Hrsg.) (2002): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen: Leske + Budrich.
- Bollen, Kenneth A./Jackman, Robert W. (1989): Democracy, Stability, and Dichotomies, in: *American Sociological Review* 54: 612-621.
- Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg: Hamburger Edition.
- Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Weßels, Bernhard (2008): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49: 114-122.
- Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Weßels, Bernhard (2012): The Democracy Barometer: A new instrument to measure the quality of democracy and its potential for comparative research, in: *European Political Science* 11: 1-18.
- Cain, Bruce E./Dalton, Russell J./Scarrow, Susan E. (Hrsg.) (2003): Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy* 13: 5-21.
- Conradt, David P. (2015): The Civic Culture and Unified Germany: An Overview, in: *German Politics* 24: 249-270.
- Croissant, Aurel/Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2004): Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change, Special Issue of *Democratization* 11.
- Dalton, Russell J. (2004): Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hrsg.) (2014): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens, New York: Cambridge University Press.
- Elkins, Zachary (2000): Gradations of Democracy? Empirical Tests of Alternative Conceptualizations, in: *American Journal of Political Science* 44: 287-294.
- Fuchs, Dieter (1996): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Institutionenwandel. Leviathan. Sonderheft 16, Opladen: Westdeutscher Verlag: 253-284.

- Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen?, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich: 83-115.
- Fuchs, Dieter (1999): The Democratic Culture of Unified Germany, in: Norris, Pippa (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford: Oxford University Press: 123-145.
- Fuchs, Dieter (2000): Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 250-280.
- Fuchs, Dieter (2003): Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen: Leske + Budrich: 29-56.
- Geißel, Brigitte/Joas, Marko (Hrsg.) (2013): Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?, Opladen et al.: Barbara Budrich Publishers.
- Geißel, Brigitte/Newton, Kenneth (Hrsg.) (2012): Evaluating Democratic Innovations. Curing the democratic malaise?, Abingdon/New York: Routledge.
- Grünewald, Stephan (2013): Die erschöpfte Gesellschaft. Warum Deutschland neu träumen muss, Frankfurt a.M.: Campus.
- Gutman, Amy (1998): Democracy, in: Goodin, Robert E./Pettit, Philip (Hrsg.): A Companion to Contemporary Political Philosophy, Oxford: Blackwell Reference: 411-421.
- Haerpfer, Christian/Kizilova, Kseniya (2014): Support for Democracy in Postcommunist Europe and Post-Soviet Eurasia, in: Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hrsg.): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens, New York: Cambridge University Press: 158-189.
- Helliwell, John F./Huang, Haifang/Wang, Shun (2015): The Geography of World Happiness, in: Helliwell, John F./Layard, Richard/Sachs, Jeffrey (Hrsg.): World Happiness Report 2015. New York: Sustainable Development Solutions Network (SDSN): 12-41.
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century, Norman: University of Oklahoma Press.
- Jachtenfuchs, Markus (1997): Die Europäische Union – ein Gebilde sui generis?, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos: 15-35.
- Jachtenfuchs, Markus (2000): Die Problemlösungsfähigkeit der EU: Begriffe, Befunde, Erklärungen, in: Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos: 345-356.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2004): Governance in der Europäischen Union, in: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 77-101.
- Kaase, Max (1995): Demokratie im Spannungsfeld von politischer Kultur und politischer Struktur, in: *Jahrbuch für Politik/Yearbook of Politics* 5: 199-220.
- Kaase, Max/Newton, Kenneth (1995): Beliefs in Government. Beliefs in Government. Volume 5, Oxford/New York: Oxford University Press.

- Kaina, Viktoria (2008): Die Messbarkeit von Demokratiequalität als ungelöstes Theorieproblem. Zum PVS-Forums-Beitrag von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49: 518-524.
- Kaina, Viktoria/Karolewski, Ireneusz P. (2013): EU governance and European identity, in: *Living Reviews in European Governance* 8 [http://www.livingreviews.org/lreg-2013-1].
- Kaiser, André (1997): Types of Democracy. From Classical to New Institutionalism, in: *Journal of Theoretical Politics* 9: 419-444.
- Klingemann, Hans-Dieter (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, in: Norris, Pippa (Hrsg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford: Oxford University Press: 31-56.
- Klingemann, Hans-Dieter (2014): Dissatisfied Democrats: Democratic Maturation in Old and New Democracies, in: Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hrsg.): *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens*, New York: Cambridge University Press: 116-157.
- Kohler-Koch, Beate (1999): The Evolution and Transformation of European Governance, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): *The Transformation of Governance in the European Union*, London: Routledge: 14-35.
- Krämer, Walter (2013): *Die Angst der Woche. Warum wir uns vor den falschen Dingen fürchten*, München: Piper.
- Lepsius, M. Rainer (2006): Identitätsstiftung durch eine europäische Verfassung?, in: Hettlage, Robert/Müller, Hans-Peter (Hrsg.): *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz: UVK: 109-127.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War*, New York: Cambridge University Press.
- Lijphart, Arend (1968): Typologies of Democratic Systems, in: *Comparative Political Studies* 1: 3-44.
- Lijphart, Arend (1984): *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven/London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven/London: Yale University Press.
- Linz, Juan J. (1975): Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: Greenstein, Fred I./Polsby, Nelson W. (Hrsg.): *Handbook of Political Science* 3, Reading: Addison-Wesley: 175-353.
- Marks, Gary/ Hooghe, Lisbet/Blank, Kermit (1996): European Integration from the 1980s: State-Centric v. Multi-Level Governance, in: *Journal of Common Market Studies* 34: 341-378.
- Merkel, Wolfgang (1999): Defekte Demokratien, in: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp: 361-381.
- Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (Hrsg.) (1999): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford: Oxford University Press.
- Pharr, Susan J./Putnam, Robert D. (Hrsg.) (2000): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?*, Princeton: Princeton University Press.
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando (1996): What Makes Democracies Endure?, in: *Journal of Democracy* 7: 39-55.
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando (1997): Modernization: Theories and Facts, in: *World Politics* 49: 155-184.

- Rüb, Friedbert W. (2002): Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Demokratietheoretische Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen: Leske + Budrich: 99-118.
- Sartori, Giovanni (1997): Demokratietheorie, Darmstadt: Primus Verlag.
- Schäfer, Armin (2009): Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 2: 159-183.
- Schmidt, Vivien A. (2005): Democracy in Europe: The Impact of European Integration, in: *Perspectives on Politics* 3: 761-779.
- Schmidt, Vivien A. (2006): Democracy in Europe. The EU and National Politics, Oxford: Oxford University Press.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000): Kulturelle Aspekte demokratischer Konsolidierung in Osteuropa: Bulgarien und Ungarn in vergleichender Perspektive, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 384-403.
- Stoiber, Michael (2011): Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratietheorie, Baden-Baden: Nomos.
- Stone Sweet, Alec/Sandholtz, Wayne (1997): European Integration and Supranational Governance, in: *Journal of European Public Policy* 4: 297-317.
- Stone Sweet, Alec/Sandholtz, Wayne/Fligstein, Neil (Hrsg.) (2001): The Institutionalization of Europe, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Storm, Lise (2008): An Elemental Definition of Democracy and its Advantages for Comparing Political Regime Types, in: *Democratization* 15: 215-229.
- Westle, Bettina (2015): German Views of the Political System, in: *German Politics* 24: 317-353.
- Wigell, Mikael (2008): Mapping 'Hybrid Regimes': Regime Types and Concepts in Comparative Politics, in: *Democratization* 15: 230-250.